Gemeinde Untersiebenbrunn
2284 Untersiebenbrunn, Hauptstraße 16
02286 23 20 Fax -16
gemeinde@untersiebenbrunn.gv.at
www.untersiebenbrunn.gv.at

Nr. 2/2022

Protokoll
der **öffentlichen Tagesordnungspunkte** der Sitzung des **Gemeinderats**
am Mittwoch, dem **27. April 2022,**

im Gemeindeamt Untersiebenbrunn,
Hauptstraße 16, 2284 Untersiebenbrunn

Beginn: 18.33 Uhr
Ende: 18.44 Uhr

Die Einladung erfolgte am 21. April 2022 via E-Mail.

Anwesend	Bürgermeisterin	Dagmar Zier
	Vizebürgermeister	Herbert Steindl
	gf Gemeinderäte	Ing. Reinhard Bauer Mag. Alexandra Dorner Michael Egel Simone Haidvogl Petra Wiesmahr
	Gemeinderäte	Mag. Michael Zier Sabrina Eory Andreas Hausner Liane Roderer Walter Schalek Michael Uher (ab 18:39) Wolfgang Wallner, BA Ing. Gerhard Zier
Entschuldigt		Franz Kopriva Barbara Eliasek Helmut Szele Michael Uher (bis 18:39) Ediz Demir
Schriftführung		VB Lidija Tosic
Vorsitz	Bürgermeisterin	Dagmar Zier

Die Sitzung ist öffentlich. Bgm.in Zier begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Bgm.in Zier bringt einen Dringlichkeitsantrag ein, verliest ihn und stellt den

Antrag:	*Der Gemeinderat möge die Aufnahme des Dringlichkeitspunktes „Pensionierung Mitarbeiter" in die Tagesordnung der heutigen nicht öffentlichen Sitzung beschließen.*	
Abstimmungsergebnis:	*dafür:*	*einstimmig (F&U, ÖVP, SPÖ, U7B liebenswert)*
Beschluss:	*angenommen*	

Bgm.in Zier legt die Behandlung als TOP 2a) nach Top 2) in nicht öffentlicher Sitzung fest.

gfGR Mag. Dorner bringt einen Dringlichkeitsantrag ein, verliest ihn und stellt den

Antrag:	*Der Gemeinderat möge die Aufnahme des Dringlichkeitspunktes „Verordnung Rattenbekämpfung" in die Tagesordnung der heutigen Sitzung beschließen.*	
Abstimmungsergebnis:	*dafür:*	*einstimmig (F&U, ÖVP, SPÖ, U7B liebenswert)*
Beschluss:	*angenommen*	

Bgm.in Zier legt die Behandlung als TOP 3) nach Top 1) in öffentlicher Sitzung fest.

Zu TOP 1) Protokolle der Gemeinderatssitzung vom 28. März 2022

Die Protokolle der Gemeinderatssitzung vom 28. März 2022 wurden erstellt und fristgerecht versandt. Es ist keine schriftliche Stellungnahme eingelangt, die Protokolle sind somit endgültig.

Zu TOP 3) Verordnung Rattenbekämpfung

Bgm.in Zier erteilt gfGR Mag. Dorner das Wort. Sie berichtet, dass im Rahmen der Verordnungsprüfung durch das Land Niederösterreich wurde darauf aufmerksam gemacht, dass im Verordnungstext unter „§ 9 Schlussbestimmungen" auf eine falsche Gesetzesstelle Bezug genommen wird. Statt auf den Artikel VII EGVG muss sich auf den § 10 Abs. 2 des Verwaltungsstrafgesetzes 1991 bezogen werden und der Verordnungstext daher wie folgt lauten:

Gemeinde *Untersiebenbrunn*

VERORDNUNG

betreffend die Verhütung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten durch das Überhandnehmen von Ratten

beschlossen.

Auf Grund des § 33 (1) NÖ Gemeindeordnung 1973, LGBl. 8/2022, wird verordnet:

§ 1 Anwendungsbereich

(1) Zur Verhütung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten durch das Überhandnehmen von Ratten sind Ratten im **Gebiet der Gemeinde Untersiebenbrunn bestehend aus den Katastralgemeinden Untersiebenbrunn und Neuhof** planmäßig zu bekämpfen.

(2) Die Bekämpfung hat auf jenen Grundstücken zu erfolgen, auf denen Rattenbefall festgestellt wurde oder wegen der Reinlichkeitsverhältnisse, des Zustandes der Baulichkeiten oder der Lage der Grundstücke die Gefahr eines Rattenbefalls anzunehmen ist.

(3) Die zur Rattenvertilgung erforderlichen Maßnahmen können zur Sicherung des Erfolges auch auf die von der Rattenplage nicht befallenen Häuser oder Grundstücke erstreckt werden.

§ 2 Feststellung des Rattenbefalls

(1) Zur Feststellung, ob ein Rattenbefall vorliegt, haben Gemeindeorgane oder von diesen betraute Personen auf bebauten Grundstücken einschließlich der Hauskanäle, Senkgruben, unterirdischen Gänge, Gewölbe, sonstigen Anlagen und Einrichtungen sowie der Gärten, Uferböschungen, Gräben und Dämme periodisch, jedenfalls aber einmal pro Jahr, Nachschau zu halten.

(2) Jeder Eigentümer (Miteigentümer) sowie jeder Mieter, Pächter, sonstige Nutzungs-berechtigte oder Bevollmächtigte (Verwalter), der vom Auftreten von Ratten aus eigener Wahrnehmung Kenntnis erlangt, hat davon unverzüglich dem Bürgermeister Mitteilung zu machen.

§ 3 Betrauung der Schädlingsbekämpfer

(1) Wird das Auftreten von Ratten festgestellt, so hat der Bürgermeister unverzüglich die Rattenbekämpfung zu veranlassen.

(2) Mit der Bekämpfung der Ratten ist ein befugter Schädlingsbekämpfer zu betrauen.

§ 4 Allgemeine Pflichten der Schädlingsbekämpfer

(1) Die Schädlingsbekämpfer haben sich bei ihrer Tätigkeit durch einen Ausweis auszuweisen. Dieser ist vom Bürgermeister amtlich zu bestätigen.

(2) Die Schädlingsbekämpfer (deren Angestellte) haben die Nachschau persönlich vorzunehmen und durch Augenschein festzustellen, ob Rattenbefall oder die Gefahr eines solchen vorliegt.

(3) Wird Rattenbefall oder die Gefahr eines solchen festgestellt oder vom Bürgermeister, der nach § 2 (2) davon erfahren hat, gemeldet, sind Rattenbekämpfungsmaßnahmen im unbedingt notwendigen Ausmaß solange durchzuführen, bis keine Anzeichen von Rattenbefall mehr feststellbar sind oder die Gefahr eines Rattenbefalls nicht mehr gegeben ist.

§ 5 Berichts- und Meldepflichten der Schädlingsbekämpfer

(1) Die mit der Rattenbekämpfung betrauten Personen sind dazu verpflichtet, die Schadhaftigkeit von Baulichkeiten und die Verunreinigung von Grundstücken, durch die das Aufkommen von Ratten begünstigt wird, aufgrund eigener Wahrnehmung unverzüglich dem Bürgermeister anzuzeigen.

§ 6 Pflichten der Eigentümer, Mieter, Pächter, Nutzungsberechtigten und Verwalter

(1) Die Eigentümer (Miteigentümer) von bebauten und unbebauten Grundstücken, allenfalls bestellte Bevollmächtigte (Verwalter) sowie Mieter, Pächter und sonstige Nutzungsberechtigte haben den mit der Durchführung der Rattenbekämpfung (Nachschau) betrauten Personen alle für die Feststellung von Rattenbefall und die Rattenbekämpfung erforderlichen Auskünfte zu erteilen, ihnen das Betreten der Grundstücke und Baulichkeiten zu gestatten, sie bei ihrer Tätigkeit zu unterstützen und sich den von ihnen getroffenen Vorsichtsmaßnahmen entsprechend zu verhalten. Sie sind auch dazu verpflichtet, für die Einhaltung der Anordnungen und Vorsichtsmaßnahmen durch andere Personen zu sorgen.

(2) Auf den Grundstücken, auf denen die Rattenbekämpfung durchgeführt wird, sind Nahrungsmittel und Speiseabfälle sorgfältig zu verwahren und zu beseitigen; die für die Köderauslegung bestimmten Plätze sind möglichst zu meiden. Aufsichtspersonen haben darauf zu achten, dass Kinder durch ausgelegte Köder nicht gefährdet werden. Haustiere sind so zu halten, dass sie durch Köder und Rattenkadaver nicht geschädigt werden.

(3) Die Durchführung der Bekämpfung und die Köderauslegung sind dem Schädlingsbekämpfer durch die Eigentümer (Miteigentümer), deren Bevollmächtigte (Verwalter) oder durch Mieter, Pächter und sonstige Nutzungsberechtigte zu bestätigen.

(4) Die Kosten der Bekämpfungsmaßnahmen einschließlich der Nachschau sind im Falle der Eigennutzung von den Eigentümern (Miteigentümern) des Grundstückes oder der Baulichkeit zu tragen, sonst von den Mietern, Pächtern oder sonstigen Nutzungsberechtigten.

(5) Bei Häusern mit vermieteten Wohnungen, Wohnungsteilen oder Geschäftsräumlichkeiten, die dem Mietrechtsgesetz in der jeweils gültigen Fassung unterliegen, gehören die Kosten der Rattenbekämpfung zu den Betriebskosten.

§ 7 Verwaltungspolizeiliche Aufträge

(1) Wird das Überhandnehmen der Ratten durch den schadhaften Bauzustand von Hauskanälen, Aborten, Senkgruben, Stallungen und sonstigen Baulichkeiten, durch die Ansammlung von Schmutz und Unrat auf verbauten oder unverbauten Grundstücken oder durch Einrichtungen, die der erforderlichen Reinlichkeit entbehren, begünstigt, kann der Bürgermeister mit Bescheid dem

Eigentümer (den Miteigentümern), im Falle der Verwaltung von Liegenschaften durch Bevollmächtigte (Verwalter) aber diesen, den Auftrag erteilen, binnen einer angemessenen Frist auf eigene Kosten das zur Beseitigung des Übelstandes Erforderliche zu veranlassen.

§ 8 Ersatzvornahme

(1) Kommen die in § 7 genannten Personen den ihnen nach dieser Vorschrift obliegenden Pflichten nicht rechtzeitig nach, so sind die erforderlichen Maßnahmen auf ihre Kosten und Gefahr von Amts wegen durchzuführen.

(2) Die Wirksamkeit der nach § 7 erlassenen Bescheide wird durch einen Wechsel in der Person des Eigentümers (jedes Miteigentümers) oder dessen Bevollmächtigten (Verwalters) nicht berührt.

§ 9 Strafbestimmung

(1) Die Nichtbefolgung dieser Verordnung stellt eine Verwaltungsübertretung dar und wird gemäß § 10 Abs 2 Verwaltungsstrafgesetz 1991 mit Geldstrafe bis zu € 218,-- oder im Falle der Uneinbringlichkeit mit Arrest bis zu 2 Wochen bestraft.

§ 10 Schlussbestimmung

(1) Diese Verordnung tritt mit Ablauf des Tages ihrer Kundmachung in Kraft.

gfGR Mag. Dorner stellt den

Antrag: *Der Gemeinderat der Gemeinde Untersiebenbrunn möge die korrigierte Verordnung zur „Verhütung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten durch das Überhandnehmen von Ratten" mit der korrigierten Strafbestimmung nach § 10 Abs. 2 Verwaltungsstrafgesetz 1991 erneut beschließen.*

Abstimmungsergebnis: *dafür:* *einstimmig (F&U, ÖVP, SPÖ, U7B liebenswert)*

Beschluss: *angenommen*

Zu TOP 2 und TOP 2a) Personalangelegenheiten

Dieser Tagesordnungspunkt wird in nicht öffentlicher Sitzung behandelt. Das Protokoll wird bei den nicht öffentlichen Stützungen abgelegt.

Bgm.in Zier dankt den Mitgliedern des Gemeinderats für ihre Teilnahme an der Sitzung und schließt diese um 18.44 Uhr.